

Würde und Respekt?

Stationen des Kampfes für ein würdiges Gedenken an die im Stadthaus Hamburg geplanten und durchgeführten Verbrechen und an den Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft

1948-1950 – Denkzeichen

In der Nazizeit politisch und rassistisch verfolgte Mitarbeiter der Baubehörde fordern von Senator Nevermann, dass der berühmte »Bereitschaftsraum«, in dem Verhaftete auf ihr Verhör durch die Gestapo warteten, zu einem Gedenkraum wird. Eine schmiedeeiserne Gittertür soll den Blick auf ein Denkzeichen frei geben. Die Amtsleitersitzung im April 1950 stellt die entsprechende Senatsvorlage zurück, »weil gegen diese Maßnahme grundsätzliche Bedenken erhoben wurden«. Der Antrag verschwindet in der Versenkung.

1977-1981 – Mitarbeiter der Baubehörde fordern Gedenktafel

Nach Nazischmierereien in der Baubehörde fordert eine Teilpersonalversammlung vom zuständigen

V.i.S.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de, Spenden: VVN-BdA Hamburg, HANSA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HANSP33HAN

Bausenator, dass eine Gedenktafel angebracht wird. Der Antrag bleibt ohne Antwort. ÖTV-Mitglieder der Baubehörde initiieren eine Unterschriften- und Spendensammlung für das Anbringen einer Gedenktafel. Nachdem der Senat bei der Zentralverwaltung der Baubehörde ein Gutachten angefordert hat, ob die Behauptungen über die Behandlung von Häftlingen zutreffen, wird 1981 eine Gedenktafel angebracht, finanziert durch die 6.000 DM der Spendensammlung, hinzu kommen noch Hamburger Haushaltsmittel.

2008 – Räumlichkeit für würdiges Gedenken

Es wird bekannt, dass die Gebäude an der Stadthausbrücke aufgeben werden sollen und dort eine neue Shopping-Passage entstehen solle. Der Senat antwortet auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Dorothee Stapelfeld (SPD), eine zukünftige Planung müsse »Räumlichkeiten für ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vorsehen«.

Der Vorsitzende des Vereins für Hamburgische Geschichte, Senator a. D. Prof. Dr. Joist Grolle, erklärt

laut Hamburger Abendblatt: »Der Umgang mit dem Stadthaus stellt die Erinnerungskultur unserer Stadt auf eine Bewährungsprobe. Es ist zu hoffen, dass Hamburg diese Probe besteht.«

2009 – Gesamtschau des Hamburger Widerstands fehlt in Hamburg

Der Senat nimmt Stellung zu dem Ersuchen der Bürgerschaft auf ein »Gesamtkonzept für Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus in Hamburg«. Darin heißt es in Bezug auf das Stadthaus: Der Gebäudekomplex »beherbergte mit der Staatspolizei – der späteren Gestapo-Leitstelle Hamburg – und der Kriminalpolizei die Zentralinstanzen des NS-Terrors in Hamburg. Doch wurde von hier aus nicht nur die Verfolgung politischer Regimegegner und anderer Opfergruppen, während der Kriegsjahre die Überwachung der ausländischen Zwangsarbeiter, und die Deportationen der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma organisiert, sondern das Gebäude war selbst tagtäglich Schauplatz von Gewalt und »verschärften Vernehmungen«.

Darüber hinaus heißt es in der Stellungnahme des Senats: »Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist zwar in den Ausstellungen der Gedenkstätten in Fuhsbüttel und Neuengamme durch eine große Anzahl von Biographien angesprochen.« Es fehle aber »eine Gesamtschau, die die unterschiedlichen Parteien und

Gruppen, weltanschaulichen Milieus, Formen individuellen Protestes, der Verweigerung und solidarischen Handelns behandelt. Eventuell vermag hier die beabsichtigte Dokumentation im Stadthaus Abhilfe schaffen, denn nahezu alle Regimegegner machten in Hamburg Bekanntschaft mit dem berühmten Gestapoquartier.«

2013 – 750 m² Gedenkstätte – ein Lernort

Nach dem Verkauf des Gebäudekomplexes teilt der Senat mit: »Als Stätte, von der aus die Verfolgung nicht nur des Widerstands, sondern nahezu aller Verfolgengruppen, wie beispielsweise der Swing-Jugend und der Homosexuellen, zentral geplant und organisiert wurde, kommt das ehemalige Stadthaus ... in Betracht... Die von dem neuen Eigentümer vertraglich zugesicherte Fläche von 750 m² für die Nutzung »Gedenkstätte« sieht einen »Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen) zur Nutzung des Stadthauses in den Jahren 1933 bis 1943« einschließlich der Einbeziehung von Räumen vor, »die als historische Stätten von der Verfolgung des Widerstandes zeugen«. Der neue Eigentümer hat zugesagt, den Lernort in Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme »auf seine Kosten zu realisieren sowie dauerhaft den Betrieb und die öffentliche Zugänglichkeit sicher zu stellen.«

2014 – Ausstellungsfläche verringert sich um das Untergeschoss

Der Senat antwortet auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Andreas C. Wankum: »Die vom Eigentümer eingereichten Bauanträge beziffern die Ausstellungsfläche im Erdgeschoss unter Einschluss einer anteiligen Einbeziehung der Brückenarkade als zukünftige Wegeverbindung auf insgesamt ca. 530 m² Brutto-Grundfläche. Im Untergeschoss stehen für Technik, WC und weitere Nebenräume knapp 230 m² Brutto-Grundfläche zur Verfügung.«

2017 – Ausstellungsfläche wird um eine Buchhandlung und ein Café verringert

»Der Eigentümer hat sich in Abstimmung mit der zuständigen Behörde im Sommer 2017 für das Konzept einer Buchhandlung entschieden und beabsichtigt, einen Mietvertrag mit der Buchhandlung, die auch die Ausstellungsfläche betreiben soll, zu schließen. Das gewählte Konzept sieht vor, dass die Räumlichkeiten im Erdgeschoss, ein Ausstellungsraum, eine ausgewiesene Buchhandlung und ein Café eingerichtet werden. Dass bedeutet: nur noch 70 m² Ausstellungsfläche.«

Jahresbeginn 2018 – Initiative Gedenkort Stadthaus

Verfolgtenverbände (VVN-BdA, AVS), Geschichtswerkstätten, Erinnerungsinstitutionen u. a. schließen sich zur »Initiative Gedenkort Stadthaus« zusammen und protestieren gegen die Privatisierung des Gedenkens.

29. Januar 2018 – Auf Initiative Quantum erstmals umfangreiche Information

Die Pressestelle des Senats verkündet: »Neuer »Ort der Erinnerung« entsteht in den Stadthöfen!« Auf Initiative der Quantum Immobilien AG sollte erstmals eine Dokumentation zur Geschichte der Verfolgung und Widerstand im nationalsozialistischen Hamburg entstehen. Ein Beirat sollte Behörde und Buchhandlung unterstützen.

Dr. Carsten Broads, Senator für Kultur und Medien, erklärt: »Mit dem »Ort der Erinnerung« soll in den Stadthöfen künftig erstmals umfangreich über die Vergangenheit des Gebäudes als Zentrale des Terrors informiert werden: Wir wollen, dass hier ein echter Ort des Gedenkens und des kritischen Austausches entsteht.«

Die Inhaberin der Lesesaal-Buchhandlung Stephanie Krawohl verspricht, hinter dem konzeptionellen Dreiklang Ausstellung – Buchhandlung – Literatur-Café stehe die Idee eines zeitgemäßen Ortes der Erinnerung und des Austauschs.

30. Januar 2018 – Kundgebung vor dem Stadthaus

Am 85. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler unterstützen 300 Teilnehmende unsere Forderung. Für den 16. Februar wird der Beginn wöchentlicher Mahnwachen vor dem Stadthaus angekündigt.

Erinnern für Gegenwart und Zukunft



Hans Lippert (li) und Werner Schröder am 8. Mai 1984 vor dem Stadthaus

SAVE THE DATE: 8. Mai 2019 – Aktionstag vor dem Stadthaus Foto: Michael Meyberg

6. Februar 2018 – Beirat: Hilfe bei Gestaltung von 70 m² Ausstellungsfläche

Um die begonnene öffentliche Diskussion zu fördern und die Beteiligung relevanter Verbände und Institutionen an der Konzeption der Gedenkstätte zu sichern, werden u.a. eingeladen:

- Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Evangelische Akademie der Nordkirche
- Förderkreis Gedenkstätte und Lernort Stadthaus
- Forschungsstelle für Zeitgeschichte
- Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- »Stolperstein«-Initiativen

- Museum für Hamburgische Geschichte
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten

Dieser (hochkarätig besetzte) Beirat soll mitdiskutieren, wie ein würdiges Gedenken an die Opfer der NS-Verfolgung, eine Gesamtschau des Hamburger Widerstands, die Darstellung des Terrorapparates und die Schaffung eines Lernorts mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen) auf 70 m² zu bewerkstelligen sei.

Anfang 2019 - Ein Jahr Mahnwache und Beirat

Der Wettbewerb für ein künstlerisches Monument/Erinnerungszeichen vor dem »Gedenkort« ist ausgeschrieben – die KZ-Gedenkstätte soll eine zusätzliche wissenschaftliche/pädagogische Stelle für die Betreuung des Gedenkortes erhalten. Die neuen Eigentümer der »Stadthöfen« kündigen an, sie steuern für die Ausstattung des Gedenkortes einen sechsstelligen Eurobetrag bei.

Der Gedenkort bleibt eine »Nische«

70 m² sind kein umfangreicher Gedenk-, Dokumentations- und Lernort.

...und am 5. Februar 2019 erklärt der Senator vor dem Kulturausschuss der Bürgerschaft: Eine Gesamtschau des Widerstandes wird es in den Stadthöfen nicht geben.

Ilse Jacob